

Generaldebatte zum Landeshaushalt 2015

SCHWARZ-GRÜNE GESTALTUNGSBLOCKADE

„Es herrscht Stillstand im Lande Hessen.“ Mangelnden Gestaltungswillen hat der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der schwarz-grünen Landesregierung in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2015 vorgeworfen. „Wir messen Schwarz-Grün an den Taten nicht an Worten. In ihren Kernbereichen blockieren sich die Koalitionspartner CDU und Grüne gegenseitig.“ Die Gesellschaftspolitik - von Integration über Inklusion bis hin zur Bürgerbeteiligung - liege beispielsweise brach.

Schäfer-Gümbel äußerte entschiedene Zweifel am Wahrheitsgehalt des Etatentwurfs. „In den Sondierungsgesprächen wurden uns ganz andere Zahlen vorgelegt – insbesondere im Hinblick auf angeblich notwendige Stellenkürzungen.“

Die SPD stehe mit ihren Haushaltsanträgen für einen verantwortungsbewussten sozialökologischen Politikwechsel, bei dem Kürzungen nicht auf dem Rücken der Kommunen und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgetragen würden. „Wir schlagen einen Pakt für den öffentlichen Dienst vor und fordern Finanzminister Schäfer zugleich auf, seinen Entwurf eines KFA-Modells zurückzunehmen. Dieses Modell presst die Kommunen aus wie Zitronen und verteilt nur den Mangel um.“

Der schwarz-grüne Haushalt leiste keinen Beitrag, um den riesigen Investitionsstau in Hessen zu beheben. Straße und Schiene in Hessen benötigten rund 10 Milli-



Foto: Merbach

arden bis zum Jahr 2020, allein um den Zerfall zu stoppen. Die SPD habe nicht vergessen, aus welcher politischen Ecke die CDU Hessen komme. „Kochs Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit war schäbig und bis heute akzeptiert die CDU an ihrer Fraktionsspitze den Abgeordneten Irmer, der mit seinen fremdenfeindlichen und homophoben Ausfällen immer wieder für Aufmerksamkeit sorgt. Dabei

sind es Populisten wie er, die den Boden dafür bereitet haben, was in Dresden gerade stattfindet.“

Um bei der Energiewende in Hessen anstehende Konflikte zu lösen, forderte Schäfer-Gümbel einen zweiten Energiegipfel. „Die Energiewende darf nicht auf ästhetische Fragen reduziert werden. Es geht um eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung für Hessen. Ob die CDU hinter solchen Zielen steht, ist fraglich.“

**ALLEN LESERINNEN UND LESERN EIN
FROHES WEIHNACHTSFEST UND EIN
GLÜCKLICHES NEUES JAHR**

Debatte der Einzelpläne zum Landeshaushalt 2015

VIEL KRITIK QUER DURCH ALLE RESSORTS

Viel Kritik am schwarz-grünen Haushaltsentwurf hagelte es in der Debatte über die Einzelpläne.

SONDEROPFER

„Schwarz-Grün plant ein neues Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Einmal mehr müssen sie die verfehlte Finanzpolitik der Landesregierung ausbaden. Die SPD steht an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen einen Zukunftspakt für den öffentlichen Dienst. Dieser muss auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften verhandelt werden.“



Günter Rudolph

BILDUNGSCHANCEN FEHLEN

„Der schwarz-grüne Haushalt im Kultusbereich ist visionslos und ein einziges ‚Weiter so‘ der vergangenen fünfzehn Jahre. Es gibt Ganztagsangebote statt echter Ganztagschulen, wie sie von vielen Experten gefordert werden. Schwarz-Grün nimmt Bildungschancen, leistet aber keinen Beitrag zum Abbau von Chancenungleichheit.“



Christoph Degen

STELLENABBAU IN DER JUSTIZ

„In diesem Haushalt werden weitere 122,5 Justiz-Stellen abgebaut!



Heike Hofmann

Die Auswirkungen dieses Kahlschlages werden unterschiedlich sichtbar: Bei den Staats- und Anwaltschaften, die für die Verbrechensbekämpfung zuständig

sind, liegt deren Belastungsquote bei über 140 Prozent. Der vorgelegte Justizhaushalt dieser Landesregierung ist ein Schlag ins Gesicht vieler Bediensteten.“

KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

„Während die Kommunen gestriekt werden, ist die schwarz-grüne Landesregierung bei eigenen Ausgaben großzügig. Während die Kommunen völlig unzureichend finanziert sind, sind die sächlichen Verwaltungsausgaben um 100 Millionen Euro höher als im Finanzplan vorgesehen. Die SPD fordert eine zusätzliche Unterstützung der Kommunen in Höhe von 351 Millionen Euro.“



Norbert Schmitt

ZU WENIG STRASSENBAU

„Der Haushaltsentwurf des Wirtschafts- und Energieministers Al-Wazir ist eine magere Vorlage ohne Ambitionen. Der schwarz-grüne Kompromiss im Wirtschafts- und Verkehrsbereich führt dazu, dass der Straßenbau und der ÖPNV unterfinanziert sind und im Energiebereich keine Akzente gesetzt werden. Ein Gesamtkonzept für den Wirtschaftsstandort Hessen lässt auf sich warten.“



Uwe Frankenberger

SOZIALBUDGET UNZUREICHEND

„Wir bieten der Landesregierung eine Kooperation zur menschenwürdigen Unterbringung einer zunehmenden Zahl von Flüchtlingen an. Das Land muss endlich die tatsächlichen Kosten erstatten. In

der frühkindlichen Bildung bleibt es bei der Unterfinanzierung der erheblich gestiegenen Kosten durch das Land. Das vielgepriesene „Sozialbudget“ ist zu weiten Teilen eine Ansammlung von Buchhaltungstricks und völlig unzureichend.“



Gerhard Merz

SCHERBENHAUFEN UMWELT

„Im ersten Regierungsjahr war Umweltministerin Hinz vorrangig damit beschäftigt, den politischen Scherbenhaufen ihrer Vorgängerin Puttrich zu beseitigen: Von der rechtswidrigen Abschaltung von Biblis, über den Woolrec-Skandal bis zur Lösung der K+S Abwasserentsorgung erst im Jahre 2075. Beim Wohnungsbau hat die Landesregierung die Dramatik der Lage in den großen Städten noch immer nicht erkannt.“



Timon Gremmels

TRICKSEN BEIM BAFÖG

„Die Landesregierung hat versprochen, die eingesparten Bafög-Mittel an die Hochschulen weiterzuleiten, aber leider nicht in welchem Jahr. So verschiebt sie über 50 Millionen für Ausgaben, die sie sowieso finanzieren müsste, in die Zukunft. Worthalten sieht anders aus. In der Hochschulpolitik fehlt eine Strategie um Landesentwicklung und Erhöhung der Chancengleichheit in Einklang zu bringen.“



Gernot Grumbach

SCHWARZ-GRÜN VERWEIGERT AKT DER HUMANITÄT

Hessen wird in den Wintermonaten keinen Abschiebestopp für Flüchtlinge verhängen. Der flüchtlingspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Ernst-Ewald



Ernst-Ewald Roth

Roth kritisierte, dass die schwarz-grüne Koalition einen entsprechenden Vorschlag abgelehnt hat. „Ein solcher Abschiebestopp ist aus Sicht der SPD ein Akt der Humanität. Wir wollen Menschen nicht in die Kälte zurückschicken. Wir bedauern, dass die Grünen in dieser Frage auf den Koalitionspartner nicht eingewirkt haben“, sagte Roth. Er verwies auf Anordnungen in anderen Bundesländern. So hätten die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Thüringen entsprechende Abschiebestops verhängt. Dazu jedoch fehle CDU und Grünen in Hessen schlicht der Wille.

SONNTAGSRUHE NICHT EINSCHRÄNKEN

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Decker lehnt die von der FDP vorgeschlagene Ausweitung von Ladenöffnungszeiten am Sonntag ab. „Der Verzicht auf ein ‚Sonderereignis‘ als Öffnungsgrund und die Ausweitung auf Stadtteilzentren schadet vor allem dem kleineren Einzelhandel vor Ort und höhlt Arbeitnehmerrechte weiter aus.“ Der Sonntagsruhe komme in unserer Gesellschaft aber eine besondere Bedeutung zu und das solle auch so bleiben.



Wolfgang Decker



Fotos: Merbach

MITGLIEDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UNTERSTÜTZTEN IM VORFELD DER PLENARWOCHE DEN PROTEST DER GEWERKSCHAFTEN GEGEN LOHNDIKTAT UND SONDEROPFER FÜR BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST. MIT DABEI: CORRADO DI BENEDETTO, TOBIAS ECKERT UND GÜNTER RUDOLPH ZUSAMMEN MIT SANDRA TEMMEN UND ANDREAS GRÜN VON DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI.

VERFOLGTE HOMOSEXUELLE REHABILITIEREN

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Heike Hofmann hat eine umfassende Rehabilitierung von strafrechtlich



Heike Hofmann

verfolgten Homosexuellen gefordert. „Bis in die jüngste Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden Homosexuelle strafrechtlich verfolgt und unterdrückt. Deshalb ist es positiv, dass sich der Hessische Landtag 2012 und 2013 in einstimmigen Beschlüssen für dieses geschehene Unrecht entschuldigt und eine Aufarbeitung der Schicksale der Opfer angekündigt hat. Im vorliegenden Antrag von Schwarz-Grün fehlt der wesentlichste Punkt jedoch: Die Rehabilitierung der Verurteilten! Wie sollen die Geschädigten anders eine Entschädigung für ergange-

nes Unrecht erhalten?“, sagte die SPD-Politikerin.

Die Grünen hätten in der Vergangenheit stets die Aufklärung über dieses Thema gefor-

dert. Nun fehlten jedoch entsprechende Ansätze, wie eine begleitende Ausstellung, Dokumentation für die Öffentlichkeit oder eine Begleitung dieses Themas durch die Zentrale für politische Bildung fehlen. Die Forschung zu dieser Vergangenheit müsse in Angriff genommen werden, solange noch Akten gesichtet und Zeitzeugen befragt werden können.

Hofmann thematisierte, dass Homosexuelle immer noch diskriminiert und angefeindet würden. „Die SPD in Hessen will das ändern auch deshalb ist die Aufarbeitung des Unrechts überfällig.“

BÜNDNIS FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Michael Siebel hat die Hessische Landesregierung aufgefordert, für Hessen ein Bündnis für preiswerten Wohnraum zu schaffen. „Wir müssen die Bemühungen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Hessen weiter intensivieren. Deshalb fordere ich die Hessische Landesregierung auf, nach dem Vorbild von Bundesbauministerin Hendricks auf Bundesebene, ein Bündnis für preiswerten Wohnraum in Hessen zu schaffen. In einem solchen Bündnis müssen Vertreter der Wohnungs-, Bau- und Immobilienwirtschaft sowie Experten vom Hessischen Mieterbund und den Kommunen teilnehmen. Es gilt, in diesem Bündnis auch die Möglichkeiten der privaten Wohnungswirtschaft zur Schaffung von preiswertem Wohnraum zu aktivieren“, sagte Siebel. Er kritisierte in diesem Zusammenhang auch den Hessischen Ministerpräsidenten Bouffier, der sich im Kern dafür ausgesprochen habe, Wohnungsbau gerade noch nach Kassenlage zu betreiben.



Michael Siebel

DOPPELSPIEL DER CDU BEI WINDKRAFT

Aufgrund der erneuerten Diskussion zum Thema Windkraft in Hessen hat der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Timon Gremmels, die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, sich verstärkt um die Akzeptanz der preiswertesten Form der Erneuerbaren Energien zu kümmern. „Wir nehmen den Ausgang des Bürgerentscheids in Oestrich-Winkel ernst. Daraus aber den Umkehrschluss zu ziehen, dass der Windkraftausbau in ganz Hessen umstritten ist, wäre der falsch. Insbesondere CDU-Kollegen im Hessischen Landtag fallen dadurch auf, dass sie in namentlicher Abstimmung für den Ausbau der Windkraft votieren, vor Ort in ihren Wahlkreisen aber gegen Windkraftstandorte Stimmung machen. Warum der grüne

Koalitionspartner dieses Falschspiel durchgehen lässt, ist mir völlig unverständlich“, sagte Gremmels.

Wenn nun das Regierungspräsidium Südhessen eingestehe, eine zweite Offenlegung des Teilregionalplans Energie erst 2016 hinzubekommen, müsse Minister Al-Wazir erklären, wie er die im schwarz-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte Verdoppelung des Anteils der Erneuerbaren Energien im Strombereich bis zum Ende der Wahlperiode hinbekommen wolle. Scheinbar solle um des Koalitionsfriedens willen auf Zeit gespielt werden. Nicht zuletzt der jüngst erschienene aktuelle Bundesländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien mache deutlich, dass Hessen seit dem Energiegipfel 2011 kaum vorangekommen sei.

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Davia Merbach



DIE AUSSTELLUNG „DIE SUDETENDEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATEN - VON DER DSAP ZUR SELIGER-GEMEINDE“ HAT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL GEMEINSAM MIT DEM BUNDESVORSITZENDER DER SELIGER-GEMEINDE ALBRECHT SCHLÄGER UND LANDTAGSPRÄSIDENT NORBERT KARTMANN IM HESSISCHEN LANDTAG ERÖFFNET. SCHÄFER-GÜMBEL ZEIGTE SICH BEEINDRUCKT VON DER AUSSTELLUNG ZUR GESCHICHTE DER SUDETENDEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN. „ICH DANKE EUCH FÜR EUREN EINSATZ FÜR DIE AUSSÖHNUNG, FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA UND FÜR EUREN MUT UND EUREN IDEALISMUS“, SO SCHÄFER-GÜMBEL ZU DEN ANWESENDEN MITGLIEDERN DER SELIGER-GEMEINDE.

Foto: Merbach